



Anton Steixner, Günther Platter, Herwig van Staa (v. li.): Für eine Handvoll Privilegierter die Zukunft der Partei aufs Spiel gesetzt

WAHL 2013 | AGRARGEMEINSCHAFTEN

Der letzte Sündenfall

Bei der letzten Landtagssitzung hebelte die Tiroler ÖVP die Demokratie aus und erklärte der Mehrheit der Tiroler erneut die Feindschaft. Die Agrarfrage demaskierte die VP. Was bleibt, ist ein gewissenloses Häuflein an machtblinden Privilegien-Freunden, die Unrecht verteidigen.

Die Hoffnung starb zuletzt. Mit dem süffisanten Lächeln des Landtagspräsidenten und den simplen Worten: „Ich tue es nicht.“ Mit diesen vier Worten zerstörte Herwig van Staa seinen Ruf und machte durch einen Missbrauch der Geschäftsordnung des Tiroler Landtags zunichte, was ihn bislang an positivem Gedenken begleitete. Mit diesen vier Worten ging er ein letztes Mal vor seinem Schwiegervater Eduard Wallnöfer auf die Knie und huldigte dem System, das dieser auf rechtsbrecherische Weise installiert hatte. Mit diesen vier Worten erteilte Herwig van Staa der Demokratie eine Absage, was im Umkehrschluss nichts anderes bedeutet, als dass es faktisch eine andere Staatsform, eine andere Macht ist, die in Tirol herrscht. Was in den Tagen, Wochen und Jahren vor dieser Landtagssitzung am 13. März 2013 immer deutlicher geworden war und im Zusammenhang mit der Agrarfrage immer greifbarer, gipfelte darin, dass Herwig van Staa diese vier Worte sprach. Denn damit anerkannte der Landtagspräsi-

dent offiziell, dass Tirol eine Zwei-Klassen-Gesellschaft ist, und machte auf historische Art deutlich, dass die Tiroler Volkspartei, die regierende Platter-VP, nach der Pfeife einer privilegierten, machtherlichen Minderheit tanzt, sie schützt und stützt, selbst wenn sie dafür Gesetze brechen muss. Dies wiederum bedeutet im Umkehrschluss, dass die Platter-VP an diesem 13. März 2013 der Mehrheit der Tirolerinnen und Tiroler offen die Feindschaft erklärte.

Laut aktueller ECHO-Umfrage (ab Seite 10) sind 69 Prozent der Tirolerinnen und Tiroler der Meinung, dass die Gemeindegrundstücke bzw. Vermögenswerte von den Agrargemeinschaften auf die Gemeinden rückübertragen werden sollten. Auch 65 Prozent derer, die bei der kommenden Landtagswahl die ÖVP wählen wollen, verlangen die Rückübertragung. Durch ihre strikte Weigerung, diesen Weg zu wählen, handelt die Tiroler ÖVP nicht nur gegen den Willen der Mehrheit, sondern auch dezidiert gegen den Willen der überbordenden Mehrheit ihrer

eigenen Anhänger. Auch sie zählen zu jenen, denen die VP-Abgeordneten die Feindschaft erklärten.

Vor diesem Hintergrund war die letzte Sitzung des Tiroler Landtags einer der dunkelsten Tage in der Geschichte des Tiroler Parlamentarismus. Doch lieferte diese Sitzung auch viel Klarheit. Herwig van Staa, Alt-Landeshauptmann und Präsident des Landtags, demaskierte mit nur vier Worten die gesamte Tiroler ÖVP. Außer einem gewissenlosen Häuflein an Machtblinden bleibt nicht viel übrig. So gesehen war der 13. März 2013 ein Tag der Wahrheit.

Bei dieser Landtagssitzung wollte die Mehrheit der Tiroler Landtagsabgeordneten ein Gesetz beschließen. Gesetze zu beschließen, ist die ureigenste Aufgabe des Landtags. Deswegen wird er Souverän genannt. Er ist Inhaber der Staatsgewalt, die in einer Demokratie vom Volk ausgeht. Mag sein, dass der Landtag in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr zu einem Anhängsel der Regierung geworden ist, dass Regierungsvorlagen

die Gesetzesanträge der Landtagsabgeordneten abgelöst haben und die tatsächliche Macht von den Regierenden ausgeht – doch gedacht und in der Verfassung festgehalten ist es anders.

Die Mehrheit der Tiroler Landtagsabgeordneten vertritt logischerweise die Mehrheit der Tiroler Bevölkerung. Für einen Gesetzesbeschluss, der nicht die Landesverfassung tangiert, ist eine einfache Mehrheit nötig. Im Landtag sitzen 36 Abgeordnete und eine einfache Mehrheit aus 20 Abgeordneten – jene der SPÖ und der Oppositionsparteien – wollte im März 2013 nicht irgendein Gesetz beschließen. Die Vertreter der SPÖ, der Liste Fritz, der Grünen, der FPÖ und des Bürgerklubs wollten gemeinsam mit Walter Gatt ein Gesetz beschließen, mit dem der größte, politisch motivierte Kriminalfall des Landes gelöst werden sollte. Eine äußerst inhomogene Gruppe von Politikern hatte alle Differenzen überwunden, weil dieser Kriminalfall auf so erdrückende Art und Weise auf dem Land lastet, Gemeinden spaltet und jede Entwicklung hemmt. Die 20 hatten ihre Verantwortung erkannt und wollten sie wahrnehmen. Es wäre ein schöner Abschluss für die leidige Debatte gewesen, welche die letzte Legislaturperiode, die erste Periode unter Günther Platter, beherrschte und ein unfassbares Stück Landesgeschichte offenlegte.

VERSCHOBENE MILLIARDEN

In Osttirol waren fast alle Gemeinden in der NS-Herrschaft zugunsten der Agrargemeinschaften, bestehend aus alteingesessenen Bauern, enteignet worden. Rechtswidrig und entschädigungslos. Die mit „Heil Hitler“ unterzeichneten Urkunden und Akten dienten den politisch Verantwortlichen im Nordtirol der Nachkriegszeit als Vorbild, um den Landraub auch diesseits des Felbertauern fortzusetzen (siehe „Abstoßendes Muster“, Seite 32). Mit beeindruckender Hinterlist und brutaler Amtsgewalt gelang es, über 2000 Quadratkilometer oder zwei Milliarden Quadratmeter öffentlichen, allen Gemeindebürgern gehörenden Grund und Boden einer kleinen Minderheit mit bäuerlichen Wurzeln zuzuschanden. Entsetzte Hilferufe betroffener VP-Bürgermeister wurden ignoriert (siehe „Fall Ischgl“, Seite 28) und stattdessen wurde einer kleinen, zunehmend nichtbäuerlichen Clique ermöglicht, sich an öffentlichem Vermögen zu bereichern (siehe „Die Geschäfte der Familie Thaler“, Seite 28). Die rechtswidrige Vermögensverschiebung hatte

Wallnöfers Erbe

Die Schuldigen am historischen Unrecht, das Tirol über Jahrzehnte beherrschte und ein Selbstverständnis der totalen Ungleichheit prägte, sind leicht auszumachen. „Bei den Agrargemeinschaften [...] hat Wallnöfer ganz eindeutig gesetzwidrig gehandelt“, wurde Alt-Landeshauptmann Wendelin Weingartner Anfang März 2013 im österreichischen Nachrichtenmagazin „Profil“ zitiert. Eduard Wallnöfer, der Tiroler Langzeit-Landeshauptmann und Urvater der heimischen ÖVP, hatte gesetzwidrig gehandelt, als er ab den 1950er Jahren die Mehrzahl der Tiroler Gemeinden entschädigungslos enteignen ließ, um „seine“ Bauern in Form der Gemeindeguts-Agrargemeinschaften zu Herrschern über das öffentliche Grundvermögen der betroffenen Gemeinden zu machen. Obwohl hier eine verschwindend kleine Minderheit jeglichen Gesetzen und demokratischen Grundregeln zum Trotz die Mehrheit der Tiroler finanziell bluten ließ und die Verfassungswidrigkeit der Enteignungen seit 1982 allen klar war, führten Wallnöfers Erben das Unrechtsregime fort. Zu den hemmungslosen Verteidigern der illegalen Tiroler Grundherren zählen Ex-Bauernbundobmann Anton Steixner, sein Nachfolger Josef Geisler und Wallnöfer-Schwiegersohn Herwig van Staa (v. li.). Sie stehen stellvertretend für die Tiroler ÖVP, deren Schuld zuletzt erdrückend wurde.



enorme Auswirkungen auf die Gesellschaft, die Finanzen und die Machtstrukturen im Land. Um sich dem Wert der übertragenen Grundstücke irgendwie anzunähern, werden gern die zwei Milliarden Quadratmeter genommen und mit einem Euro multipliziert, weil ein Quadratmeter Wald durchschnittlich einen Euro kostet. Die zwei Milliarden Euro, die sich aus dieser Milchmädchenrechnung ergeben, werden aber dann lächerlich, wenn

Gunstlagen durchaus mit 100, 200 oder 400 Euro. Der Milliarden-Wert des Raubguts schnell dadurch in die Höhe.

Noch wurde nicht beziffert, wie hoch der volkswirtschaftliche Schaden ist, der durch die Enteignungen verursacht wurde. Die meisten Gemeinden waren nach der Enteignung arm wie die sprichwörtlichen Kirchenmäuse. Während die falschen Eigentümer die Grundstücke der Gemeinde verkauften, verpachteten, sonstwie nutzten und die Gewinne dafür einsteckten, schauten die wahren Eigentümer durch die Finger. Dass die enteigneten Gemeinden auch für ihre eigenen Grundstücke zahlen mussten, ist nur eine Seite. Da die Gemeinden nicht selbst ihr Grundvermögen zum Wohl aller Gemeindebürger verwalten konnten, entgingen ihnen über die Jahrzehnte hohe Einnahmen. Die Daseinsvorsorge und Verwaltung einer Gemeinde kostet aber viel Geld. Und dieses Geld musste den Kommunen in Form von Mitteln aus dem Finanzausgleich oder mittels Bedarfszuweisungen zur Verfügung gestellt werden. Alles Steuergeld. Die Allgemeinheit kam doppelt zum Handkuss. Sie wurde auf ihrem eigenen Grund und Boden in Geiselnhaft genommen und musste auch noch dafür zahlen. Diese Dimension wurde in der aktuellen Debatte lediglich sanft tangiert. Könnte der volkswirtschaftliche Schaden des Tiroler Kriminalfalls beziffert werden, würden die millionenschweren Korruptionsskandale, die Österreich in den letzten Jahren erschüttert haben, in den Schatten



VP-Abgeordnete Geisler, Köll (v. li.): Mit 16 Stimmen gegen 20 das Gesetz abgedreht

berücksichtigt wird, dass es eben nicht nur Wald war, der da zu Unrecht den Eigentümer wechselte. Zu den Gemeindegrundstücken zählen auch allerbeste Tal-Lagen, ehemalige Gemeindeweiden und nicht selten wurde Wald gerodet, zu Bauland umgewidmet und von den Agrargemeinschaften teuer verkauft. Mit einem Blick auf die teils exorbitanten Tiroler Grundstückspreise wird deutlich, dass der Wert des Raubguts nicht mit einem Euro pro Quadratmeter angenommen werden darf, sondern in den bebauungsfähigen

FALL 1: Der Enteignungs-Fall Ischgl

Das österreichische Wirtschaftsmagazin CONTACT widmete dem großen Tiroler Landraub im Jahr 1981 eine ausführliche Reportage mit dem Titel „Der Milliardencoup der Bauern“. Im Rahmen dieses Berichts wurde auch der damalige Bürgermeister der Gemeinde Ischgl, Erwin Aloys, zitiert. Offenberichtetete der kantige Paznauner Tourismus-Pionier über die Enteignung seiner Gemeinde und sagte: „Zwischen 1968 und 1974 war durch ein sogenanntes Regulierungsverfahren der gesamte Grundbesitz der Gemeinde Ischgl, das waren 23 Millionen Quadratmeter, sang- und klanglos an die Agrargemeinschaft übertragen worden. 1974, als ich Bürgermeister wurde, hat die Gemeinde absolut nichts mehr besessen. Null, nicht einmal mehr eine Straße. Sogar die Bauten, wie Schwimmbad oder Musikpavillon, die von Gemeinde und Fremdenverkehrsverband finanziert und gebaut worden waren, sind ebenfalls mit dem Grund und Boden, auf dem sie



Ischgl: Mega-Enteignungen

standen, an die Agrargemeinschaft gefallen. Nicht die Ischgl'er Bürger, sondern die Mitglieder der Agrargemeinschaft, rund zehn Prozent der Bevölkerung, waren die Besitzer unseres Dorfes geworden. Ein ungeheuerlicher Vorgang in einem Rechtsstaat im 20. Jahrhundert. Beim Studieren der Protokolle und Beschlüsse des Gemeinderates

in den fraglichen Jahren fand ich lediglich zwei Zeilen Text, womit angeregt wurde, eine Agrargemeinschaft zu bilden, wofür die Gemeinde eine Waldfläche überlassen sollte. Darüber hinaus wurde keine Zeile geschrieben, kein Beschluss gefasst.“

Aloys hatte das Unrecht erkannt und öffentlich darauf aufmerksam gemacht. Seine Hilferufe wurden ignoriert und selbst nachdem der Verfassungsgerichtshof 1982 die Verfassungswidrigkeit der Enteignungen festgestellt hatte, wurde in Tirol weitergearbeitet wie bisher. Ischgl blieb in Geiselschaft der privilegierten Bauern-Clique und ihrer Erben.

gestellt. Diese Dimension, sollte sie je in Angriff genommen werden, birgt eine weitere Bombe in der Auseinandersetzung.

Die rechtliche Bombe, die Verfassungswidrigkeit dieser Enteignungs-Aktionen, wurde hingegen vielfach schon gezündet. Dem bahnbrechenden Verfassungsgerichtshof-Erkenntnis des Jahres 2008 folgten weitere Urteile der Höchstgerichte, deren Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Es ist schon lange keine Frage mehr, dass die Enteignungen rechtswidrig passierten. Es ist schon lange keine Frage mehr, dass die Gemeindegüter nie den Agrargemeinschaften gehörten und die Gemeinden um den Nutzen daraus betrogen wurden. Selbst eingefleischte Mitglieder der Tiroler ÖVP, die Bürgermeister Jakob Wolf (Umhausen) und Andreas Köll (Matrei), bezeichneten die Übertragungen in der Februar-Session des Landtags als Unrecht. Dass dieses Wort

„Könnte der volkswirtschaftliche Schaden des Tiroler Kriminalfalles beziffert werden, würden die millionenschweren Korruptionsskandale, die Österreich erschütterten, in den Schatten gestellt.“

FALL 2: Die Geschäfte der Familie Thaler

Mieming war und ist ein Prachtbeispiel der antidemokratischen agrarischen Machtstrukturen, mit denen der berühmteste Sohn der Gemeinde, Eduard Wallnöfer, Tirol überzogen hat. Höchstpersönlich hatte sich Wallnöfer dafür eingesetzt, dass seine Heimatgemeinde eine der ersten war, die zugunsten seiner bäuerlichen Freunde und Verwandten komplett enteignet wurde. „Es gibt Gleiche und Gleichere. Es tut mir im Herzen weh, aber es ist so“, hatte der ehemalige Bürgermeister der Gemeinde, Siegfried Gapp, im Sommer 2007 gegenüber ECHO festgestellt. Zu den großen „Gleichen“ der Gemeinde zählt Otto Thaler. Thaler war 18 Jahre lang Obmann der Agrargemeinschaft Obermieming, deren größter „Aktionär“ er ist. Als königlich durch das verfassungswidrige Unrecht Beglückte durfte sich die Familie Thaler von Beginn an satt am öffentlichen Grundvermögen bedienen. Als Otto Thaler



Agrar-König: Otto Thaler

1991 die Thaler'schen Besitztümer von seiner Mutter übertragen bekam, wurde ein weiterer Höhepunkt in der Gaunergeschichte geschrieben. Im Übergabevertrag wurde festgehalten, dass Otto Thaler seine beiden Schwestern mit 8000 Quadratmetern Bauland aus dem Gemeindegut „auszahlen“ solle. Sowohl der Übergabevertrag als auch die darauf fußenden Kaufverträge wurden von der Aufsichtsbehörde im Land ohne mit der Wimper zu zucken genehmigt. Für eine Fläche, die schon damals – bei einem Bauland-Quadratmeterpreis von 94,5 Euro – rund 756.000 Euro wert war, mussten die Schwestern

einen Alibipreis in Höhe von 34.880 Euro zahlen. Heute hat eine Baulandfläche dieser Größe in Mieming einen Wert von rund zwei Millionen Euro. Die Thaler-Schwestern hatten nie etwas mit Landwirtschaft am Hut. Und Otto Thaler wurde 2007 von Herwig van Staa mit dem Landes-Verdienstkreuz ausgezeichnet.

von Funktionären der ÖVP in den Mund genommen wird, ist zumindest erstaunlich, waren die Parteibauern auf dem Schachbrett Günther Platters und Anton Steixners doch sehr konsequent darin, die Eigentumsübertragungen gleichsam als überraschenden Unfall der Zeitgeschichte darzustellen und die Tragweite kleinzureden. Doch der Einsicht, dass es Unrecht war, folgte keine Tat. Im Gegenteil.

Andreas Brugger, Abgeordneter der Liste Fritz/Bürgerforum, hat ein Gesetz ausgearbeitet, mit dem das Gemeindegut von den Agrargemeinschaften auf die Gemeinden rückübertragen wird. Die Novelle des Tiroler Flurverfassungslandesgesetzes (Agrargesetz), die der Tiroler Landtag 2009 beschlossen hatte und 2010 in Kraft trat, hatte zwar grundsätzlich anerkannt und berücksichtigt, dass der sogenannte Substanzwert der Grundstücke den Gemeinden gehört, doch blieb das Gesetz letztlich zahnlos und die Gemeinden mussten ihre prolongierte Ohnmacht zur Kenntnis nehmen. Seit 2010 sind nur lächerliche Summen von den Agrargemeinschaften

zu den Gemeinden geflossen, zähe rechtliche Kontroversen wurden zum Alltag (siehe „Die Gier von Langkampfen“, re.) und bislang hat noch keine Gemeinde die Verfügungsgewalt über ihre Grundstücke bekommen. Hinzu kommt, dass die dem Alt-Bauernbundobmann unterstellte Agrarbehörde weiterhin Wege ebnet, um die Gemeinden zu schädigen beziehungsweise den weiland begonnenen Raub zu perfektionieren (siehe „Ainet – der perfekte Raub“, Seite 33). Absurderweise ist die Gefahr für die Gemeinden, ihr Gemeindegut für immer und ewig an eine Handvoll privilegierter Bauernerben zu verlieren, heute größer als zur Zeit der verfassungswidrigen Eigentumsübertragung selbst. Darum wurde ein Rückübertragungsgesetz notwendig und darum fand sich in 20 Abgeordneten eine Mehrheit im Landtag, die dieses Gesetz beschließen wollte. Weil die Causa vor den Augen der verantwortlichen Politiker der Ti-

„Absurderweise ist die Gefahr für die Gemeinden, ihr Gemeindegut für immer und ewig zu verlieren, heute größer als zur Zeit der verfassungswidrigen Eigentumsübertragung selbst.“

roler ÖVP – ja sogar aktiv gefördert durch das Verhalten und Aussagen der Spitzenrepräsentanten der Platter-VP – immer mehr eskaliert.

Die Gewaltbereitschaft der Unrechtsverteidiger nimmt zunehmend unerträglichere Ausmaße an. Im März 2013 sahen sich beispielsweise der Kabarettist Markus Koschuh und der Chef des Innsbrucker Kulturveranstaltungszentrums „Treibhaus“, Norbert Pleifer, mit Morddrohungen konfrontiert.

Es war nicht die erste Drohung dieser Art (siehe auch „Der Terror von Jerzens, re.“). Die radikale Agrarierclique, die die Gemeinden bekämpft, scheint durchaus gewaltbereite Mitglieder zu haben, die jene massiv bedrohen, die für die Rechte der Gemeinde kämpfen. Am Treibhaus und an Koschuhs Wohnhaus waren schon Schmierereien mit seinem Namen und einem Kreuz aufgefallen, im Büro der Liste Fritz löste Anfang 2011 eine an Andreas Brugger adressierte Briefbombe Alarm aus und im Juni 2012 war im Online-Forum der Plattform Agrar, der

Lesen Sie weiter auf Seite 32 →

FALL 3: Die Gier von Langkampfen

Die Unrechts-Nutznieser rund um die Langkampfer Agrar-Könige Georg Karrer senior und Georg Karrer junior (Ersterer ist Bürgermeister der Gemeinde, Zweiterer ist sein Sohn, Erbe des großen Familienanteils an der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen und zudem Obmann derselben) nehmen im Ranking der offenkundigen Gier der Gemeindeguts-Ausbeuter einen Spitzenplatz ein. Nachdem die Agrarbehörde festgestellt hatte, dass auch die Agrargemeinschaft Unterlangkampfen zu den Gemeindeguts-Agrargemeinschaften zählt, wollten sich die Agrarier noch geschwind einen Teil der Beute beiseiteschaffen. Obwohl sie davor gewarnt wurden und obwohl es ihnen auch dezidiert verboten worden war, zahlte die „ehrenwerte Gemeinschaft“ im Dezember 2010 ihren Mitgliedern 1.360.000 Euro in Form von fantasievollen Darlehen aus, 40.000 Euro pro Anteilsrecht. Das Bekanntwerden dieser getarnten Auszahlung führte dazu, dass der



Nutznieser: BM Karrer

Agrargemeinschaft mehrfach das Messer angesetzt wurde. Allen war klar, dass dieses Geld der Gemeinde zusteht, stammte es doch aus dem Verkauf eines Gemeindegrundstücks. Doch erst nachdem den einzelnen Mitgliedern – zu denen pikanterweise auch die Kirche zählt, die 80.000 Euro „ingesackt“ hatte – klar wurde, dass ihnen Teufels Küche droht, zahlten sie das Geld widerwillig zurück. In Teufels Küche kamen sie trotzdem, weil die Staatsanwaltschaft Innsbruck die Verantwortlichen wegen des Verdachts der Untreue zum Nachteil der Gemeinde anklagte. Der Prozess, der im Dezember 2012 am Landesgericht Innsbruck stattfand, war mehrfach ernüchternd bzw. erhellend. Weil eine Schöffin sich für befangen erklären musste, da ihr Gatte Obmann einer Agrargemeinschaft ist. Weil dem Richter ein familiäres Nahverhältnis zur Agrargemeinschaft Mieming nachgesagt wurde. Und weil die Agrarier am Ende freigesprochen wurden.

FALL 4: Der Terror von Jerzens

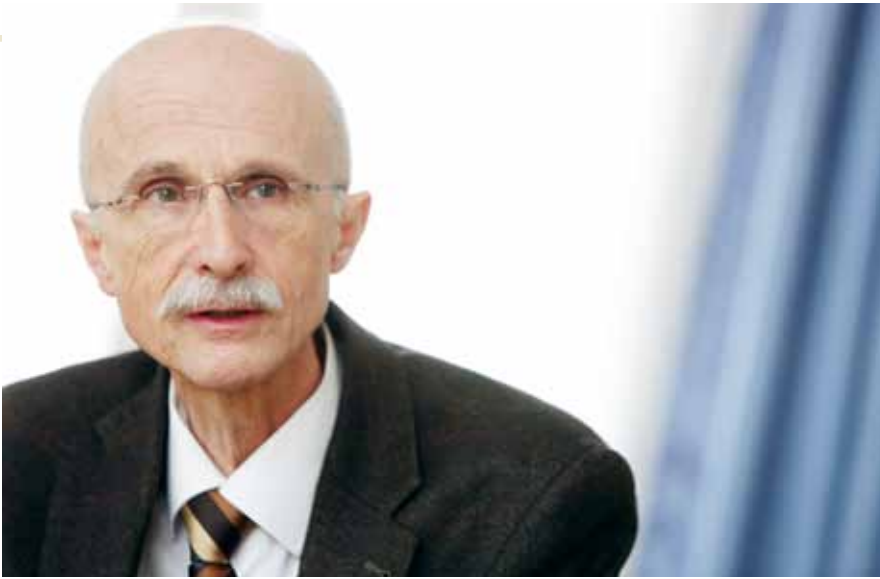
Zimperlich sind sie nirgendwo. Ihr teils gewaltbereites Verhalten ist verantwortlich für Hass und Zwietracht in den betroffenen Gemeinden. Das Verhalten einiger Agrargemeinschafts-Mitglieder ist verantwortlich dafür, dass jene Gemeindepolitiker, die sich für das Recht der Allgemeinheit einsetzen, Angst haben müssen. Angst um Leib und Leben. In der Pitztaler Gemeinde Jerzens werden diesbezüglich seit Jahren an Terror grenzende Zeichen gesetzt. Schon der ehemalige Bürgermeister, Sepp Reinstadler, ein überzeugter Kämpfer gegen das Agrar-Unrecht, war bedroht und bedrängt worden.



Gemobbt: GR Rottensteiner

Seit nach der Gemeinderatswahl 2010 mit Karl Raich ein Mitglied zweier Jerzener Agrargemeinschaften Bürgermeister wurde, eskaliert die Situation im Dorf immer mehr. Nicht nur, weil der Bürgermeister alle höchstgerichtlichen Erkenntnisse ignoriert und durch sein Verhalten der Gemeinde schadet. Nicht nur,

weil er sich trotz seiner Befangenheit über alle Verbote hinweg setzte, um kraft seines Amtes seinen Agrariern Gutes zu tun. Nein, Raich macht sich schuldig, weil er seine agrarischen Gesinnungsgenossen durch sein Verhalten anstachelt, sie nicht zurück pfeift, zulässt, dass der Ton immer rauer und die Gemeinde zunehmend zu einem Pulverfass wird. Gegenüber ECHO berichtete der Jerzener Gemeinderat Markus Rottensteiner Ende 2012, welche bedrohlichen Situationen er ausgesetzt ist, nur weil er sich für die Gemeinde einsetzt. Drohungen, wie „Dir gehört ein Sack über den Kopf und drauf geschlagen“ lassen ihn nicht mehr ruhig schlafen oder unbeschwert am Abend durch seinen Heimatort gehen. Demselben Druck war Stefanie Heidrich ausgesetzt. Die für Agrarfragen zuständige Vizebürgermeisterin wurde gemobbt und offen angegriffen. Ende Februar 2013 legte sie ihr Amt zurück.



Andreas Brugger, Liste Fritz: „Die ÖVP behandelt ihre eigenen Wähler als politischen Feind“

Ende der Fahnenstange

Die Landtagsabgeordneten Andreas Brugger und Georg Willi über Lernprozesse, das Agrar-Unrechtssystem und warum die Bürger von der ÖVP in Tirol seit Jahrzehnten belogen werden.

ECHO: VP-Abgeordneter Wilfried Stauder hat in der letzten Landtagssitzung zu denselben Worten gegriffen, um Sie zurechtzuweisen. Was für ein Signal ist das?

Andreas Brugger: Das Signal ist nicht überraschend. Es geht um den Kernbereich dessen, wofür hier gekämpft wird, nämlich das Gemeindegut, wo von der ÖVP – wie wir wissen – mit allen legalen und illegalen Mitteln versucht wird, es einer kleinen Schicht von Profiteuren zuzuspielen. Was richtiggestellt werden muss, ist der Vorwurf, dass ich Hass und Zwietracht säe: Der Bruch des Friedens kommt daher, dass Unrecht erzeugt wurde. Und das ganz bewusst und über lange Zeit und offensichtlich. Wenn ich Unrecht erzeuge, dann störe ich den Frieden. Der Friede wurde gestört, indem das, was der Allgemeinheit gehört hat, dieser Schicht von Profiteuren zugeschoben wurde. Und jetzt, wo man Gerechtigkeit fordert, zu sagen, wir stören den Frieden, ist dreist. Wenn ich das Unrecht nicht beseitige, kann es keinen Frieden geben. Sich dann das Schildchen des Friedfertigen umzuhängen, wo ja die ÖVP das Ganze verursacht hat, ist eine Frechheit.

ECHO: War die letzte Landtagssitzung in gewisser Weise der Gipfel der Geschichte?

Brugger: Für mich war es kein Höhepunkt, ich sehe ja, was in den Agrarakten für unglaubliche Argumente genau zu dem Zweck daherkommen, das Unrecht zu schützen und fortzusetzen. In der Öffentlichkeit konnte sich die ÖVP, bis die Grünen dankenswerterweise den Antrag für den Sonderlandtag zur Rückübertragung des Gemeindegutes gestellt haben, hinter der Fassade verstecken, dass sie sich ja bemühe, das VfGH-Erkenntnis umzusetzen. Im Sonderlandtag wurde die ÖVP aber als das entlarvt, was sie schon immer war. Da geht es nicht um Demokratie. Es geht darum, dass sie sich einer ganz großen Mehrheit der Tiroler Bevölkerung gegenüber richtig feindselig verhält. Sie versucht alles, um sie auszutricksen, und schädigt eine große Gruppe von Mitbürgern bewusst. Die Politik der ÖVP richtet sich nicht gegen den politischen Feind, nein, sie behandelt ihre ei-

genen Wähler als politischen Feind und die ÖVP-Wähler bekommen das nicht einmal richtig mit. Da werden die eigenen Leute angelogen und dahinter steckt eiskaltes Kalkül. Der Rest der Bevölkerung wird in Wahrheit wie ein Feind betrachtet.

Georg Willi: Die ganze Geschichte läuft nun seit 2005 und erst 2013, während des Sonderlandtags, gaben die VP-Abgeordneten Andreas Köll und Jakob Wolf zu, dass Unrecht geschehen ist. Es hat lange gebraucht, um die Dimension klarzumachen. Ich konnte es mir auch lange nicht vorstellen, dass eine Partei in Tirol einfach den Rechtsstaat ausblendet. Mit dem Sonderlandtag hat sich aber ein Fenster aufgetan und es wurde möglich, die Agrarfrage mit einer Mehrheit im Landtag zu lösen. Die SPÖ war schon lange auf unserer Seite, konnte das aber – gebunden in der Koalition – nicht ausspielen. Die SPÖ hat ihre historische Chance, aus dem Schatten der ÖVP hervorzutreten, wahrgenommen. Es ging darum mit 20 Abgeordneten ein Bündnis zu schmieden, um das Unrecht zu beseitigen. Damit begann ein Lernprozess für die ÖVP, der immens ist. Dort war man gewohnt, über fünfeinhalb Jahrzehnte absolut zu regieren – jetzt musste man plötzlich erleben, dass man in der Minderheit ist. In Wahrheit hat man längst erkannt, dass das Spiel eigentlich aus ist. In der Situation half eben nur noch die missbräuchliche Anwendung der Geschäftsordnung, damit das Gesetz nicht beschlos-

sen werden konnte.

ECHO: Es hat sich gezeigt, dass die Tirolerinnen und Tiroler sowohl bei den Agrargemeinschaften als auch beim Grundverkehr zu Menschen zweiter Klasse degradiert wurden. Bricht das nun auf?

Willi: Es stimmt, dass etwas aufbricht, doch nur sehr langsam. Viele Leute sind

„Auch unter den 16 ÖVP-Abgeordneten gibt es keinen mehr, der nicht weiß, dass alles eine Sauerei ist.“

Andreas Brugger, Liste Fritz

unpolitisch und kriegen nur mit, dass da gestritten wird. Ich frage mich, was man alles tun muss, damit auch der letzte Tiroler Bürger diese Sauerei erfährt und begreift. Darum war es mir so wichtig, dass wir eine Behandlung dieses Themas noch in diesem Landtag schaffen. Was mich so maßlos ärgert, ist, dass wir einen korrekten Weg gefunden haben, um das Rückübertragungsgesetz im Landtag zu behandeln, und dass dann die ÖVP und im Speziellen

Landtagspräsident Herwig van Staa nicht bereit waren, geschäftsordnungskonform vorzugehen. Es hätte den Beschluss geben müssen. Jetzt sind wir wieder angewiesen auf die Neukonstellation nach der Wahl. Es gibt einen Reformstau und in solchen Situationen sollte man Kühnes denken und sagen, diese Frage gehört primär gelöst. Ich hoffe, dass wir durch die Verbreitung des Themas im Wahlkampf mehr Leute aufklären können, die dann sagen, so kann es nicht weitergehen, wir wählen nicht mehr die ÖVP.

ECHO: Wenn Sie versuchen, im Zusammenhang mit dem Agrartheema die positiven Seiten der letzten Legislaturperiode hervorzuheben, was ist gelungen?

Willi: Es ist sicher eine sehr breite Bewusstseinsbildung. Die Anzahl der Menschen, die mitbekommen haben, was da passiert, wurde ausgeweitet. Wir sind aber noch weit davon entfernt, dass jeder in Tirol weiß, was das für eine Sauerei war. Das Gesetz, das dann rausgekommen ist, hat zumindest die Tür für die Gemeinden einen kleinen Spalt aufgemacht. Und es wurde die Selbstbedienung aus dem Gemeindegut gestoppt. Es geht nicht mehr, dass sich die Agrarier die Baugründe billig zuschanzen. Die Gemeinden wissen jetzt, worauf sie zu achten haben. Sie wissen um ihre Rechte, nur können sie diese in der Regel nicht durchsetzen. Das hat die Frustration so nach oben getrieben, dass es die Entscheidung für ein Rückübertragungsgesetz gab. Es wird sonst noch Jahrzehnte gestritten, während im Stillen und unter Mithilfe der ÖVP noch immer die Schäfchen ins Trockene gebracht werden. Wenn man es mit einer Krankheit vergleicht, konnte die Ausbreitung der Krankheit gestoppt werden. Aber von der Heilung sind wir noch weit entfernt.

Brugger: Ich würde das Bewusstsein auch ganz konkret auf den Landtag beziehen. Auch unter den 16 ÖVP-Abgeordneten gibt es keinen mehr, der nicht weiß, dass das alles eine Sauerei war. Das war früher anders. Damit hat man ihnen auch die Möglichkeit genommen, ihre eigenen Leute anzulügen. Darum gärt es in der ÖVP. Früher haben sie ihre eigenen Abgeordneten angelogen und das ist vorbei. Mit ein wenig Interpretationskunst lassen sich die Rechte der Gemeinden aus dem 2009er Gesetz vollständig herauslesen.



Georg Willi, Grüne: „Van Staa hätte seine Chance gehabt. Doch das ist jetzt Geschichte“

Das ist ein riesiger Fortschritt. Da haben wir die ÖVP schon in eine ausweglose Situation manövriert, denn im Gesetz, das 2009 verabschiedet wurde, steht, dass der Substanzwert der Gemeinde zusteht. Nur die Durchsetzung ist ein Problem. Doch damit wurde ein irrsinniger Verfestigungsschritt erreicht. Es klingelt zwar nicht in der Kassa, doch wurden in über 100 Agrargemeinschaften die Entstehungsgeschichten aufgearbeitet und bei jedem Akt, den sich die Höchststrichter nun anschauen, denken sie, dass alles stimmt, was hier in Tirol beim Thema Agrargemeinschaft vorgefallen ist.

ECHO: Sie und auch Georg Willi wurden diesbezüglich allerdings lange angefeindet ...

Brugger: 2005 glaubten viele, dass ich verrückt sei. Dass sich das in der Zwischenzeit so verändert hat und den Bürgermeistern klar wurde, dass das Gemeindegut der Gemeinde gehört, bringt das System zum Kippen. Hinzu kommt, dass bei der letzten Gemeinderatswahl viele neue Bürgermeister ans Ruderkamen, die sagten, wir setzen uns zusammen und regeln das friedlich. Die wurden flächendeckend eines Besseren belehrt. Jetzt sind diese ÖVP-Leute fuchsteufelswild und müssen erleben, wie sie von ihrer eigenen Partei im Stich gelassen werden. Die begreifen, was passiert ist. Trotzdem habe ich nicht geglaubt, dass es eine Mehrheit für ein Rückübertragungsgesetz geben würde.

ECHO: Wie beurteilen Sie die geschäftsordnungswidrige Entscheidung von Herwig van Staa, das Rückübertragungsgesetz nicht zur Abstimmung zuzulassen?

Willi: Er saß da und sagte einfach: „Ich tue es nicht.“ In dem Augenblick habe ich mir gedacht: „Herwig, jetzt hast du einen riesigen Fehler gemacht.“ Er hätte mit der richtigen Haltung positiv auflösen können, was sein Schwiegervater verursacht hat. Hätte er zugelassen, dass über das Gesetz abgestimmt wird, hätte er einen historischen Akt setzen und seiner eigenen ÖVP gegenüber sagen können, die Geschäftsordnung gibt der Opposition

recht. Durch dieses Verhalten hat er sich aber seine Zukunft verbaut, denn es wird die Frage sein, ob der Landtag wieder so einen Präsidenten will. Da wird es für ihn ganz eng. Mit dem einen Satz – „Ich tue es nicht“ – hat er sich zwei Chancen verbaut: die Geschichte positiv aufzulösen

und sich für die nächste Legislaturperiode als Präsident zu empfehlen.

Brugger: Herwig van Staa wird als der Landtagspräsident in die Geschichte eingehen, der das Rückübertragungsgesetz abgestochen hat. Das wird es sein, was man von ihm in Erinnerung behält.

Willi: Er hätte seine Chance gehabt. Sogar die ÖVP hätte noch eine Chance gehabt. Doch das ist jetzt Geschichte.

Interview: Alexandra Keller, Armin Muigg

„Ich frage mich was man alles tun muss, damit auch der letzte Bürger diese Sauerei begreift.“

Georg Willi, Tiroler Grüne

Die Herren Bürgermeister werden aufgefordert, zu dem im Reiseplan festgesetzten Zeitpunkt den Gemeinderat einzuberufen, ferner den zuständigen Ortsbauernführer, den Ortsgruppenleiter sowie bei aufgelösten ehem. Gemeinden und ehem. Fraktionen den letzten Bürgermeister bzw. den letzten Fraktionsvorsteher einzuladen. Die Gemeinden wollen weiterhin für die Besprechung folgende Unterlagen bereithalten:

NS-Aufforderung, 30. 9. 1941: „Zur Kennenlernung und Klarstellung wird eine Kommission auf Grund des beigefügten Reiseplanes die Gemeinden des Landkreises Lienz besuchen“

Abstoßendes Muster

Die brutalen NS-Enteignungen der Osttiroler Gemeinden dienten als Drehbuch für den flächendeckenden Rechtsbruch in Nordtirol.

Seit Sommer 2012 ist bekannt, dass die Idee für die Enteignungen der Nordtiroler Gemeinden zugunsten der Agrargemeinschaften nicht im Innsbrucker Landhaus geboren wurde, sondern bereits Jahre vorher – während der NS-Zeit im Gau Kärnten. Dort entstand das Muster, nach dem die Mehrheit der Tiroler über Jahrzehnte von der VP-dominierten Politik als Feind betrachtet und behandelt wurde.

Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurde Osttirol Teil des Gaus Kärnten. In Osttirol hatte sich Wolfram Haller, ein NS-Agrarbeamter, darum gekümmert, dass die Landwirte das Grundeigentum der Gemeinden bekamen. Mit hanebüchernen Argumenten hatte Haller die Eigentumsübertragungen begründet, mit dem brutalen NS-Regime im Hintergrund leitete er die Enteignungen der Gemeinden in die Wege, generalstabsmäßig verloren die Orte so ihre Grundvermögen.

Am 30. September 1941 war, um die Sache rasch voranzutreiben, sogar ein „Reiseplan“ erstellt worden, laut dem eine Kommission den einzelnen Gemeinden bzw. Fraktionen terminlich angekündigt wurde, vordergründig um die „Klarstellung der Nutzungsrechte an Gemeindewaldungen“ durchzuführen, hintergründig, um die Gemeinden zu enteignen. Zwischen 13. und 21. Oktober 1941 war diese Kommission beispielsweise in 23 Osttiroler Gemeinden zwischen Nussdorf, Leisach, Hopfgarten, Kals, Villgraten, Tristach und Dölsach un-

terwegs. „Im Handstreich waren die Gemeinden ihr Gemeinde- bzw. Fraktionsgut los“, weiß der ehemalige Chef der Tiroler Agrarbehörde, Josef Guggenberger.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs kam Osttirol wieder zu Tirol und unter den Akten, die damals nach Innsbruck geschickt wurden, befanden sich auch die sogenannten Haller'schen Urkunden, die den Raubzug detailliert beschrieben. Mit ihnen wurde 2012 durch den Mieminger Gemeinderat Ulrich Stern das „Missing Link“ entdeckt und die Frage, wie die Nordtiroler Politiker und Agrarbeamten auf die Idee gekommen waren, die Gemeinden zu enteignen, konnte in weiten Teilen beantwortet werden. Die Vorgangsweise, mit der nach dem Krieg das Nordtiroler Gemeindegut unter die Räder kam, wirkt wie eine Kopie des Drehbuchs des NS-Beamten Haller.

„Dr. Wolfram Haller hat perfekte Arbeit geleistet“, schrieb Georg Danzl, Obmann der Plattform Agrar, am 5. Jänner 2011 in seinen Grußworten für ein gutes neues Jahr und bezeichnete Haller als „Schutzpatron der Osttiroler Agrargemeinschaften“. Auf Umwegen ist es eine Verherrlichung des Terror-Regimes, zu welcher sich Danzl hier hinreißen ließ. Sind die Argumente der Plattform im Allgemeinen schon kaum zu ertragen und rechtlich nicht haltbar, so sind sie im Zusammenhang mit der Gründung der Osttiroler Agrargemeinschaften im Speziellen derart abstoßend, dass der Atem stockt.

Alexandra Keller

→ Vereinigung der radikalen Agrarkämpfer, eine Morddrohung gegen den Tiroler Gemeindevorstandspräsidenten Ernst Schöpf platziert worden.

Mit seiner wiederholten Forderung, dass das Gemeindegut von den Agrargemeinschaften an die Gemeinden rückübertragen werden muss, vertritt Schöpf nicht nur 69 Prozent der Bevölkerung, sondern auch 65 Prozent der VP-Wähler. Wer von den Letztgenannten Gemeinderat und Mitglied des sogenannten Klub 3000 ist, mag nicht schlecht gestaunt haben, als Ende Februar 2013 ein Brief des VP-Chefs Günther Platter ins Haus flatterte, in dem der Landeshauptmann die Rückübertragung beziehungsweise das Rückübertragungsgesetz als Beginn eines „endlosen Chaos auf Kosten des Friedens in unseren Dörfern“ skizzierte.



VP-Wolf: Gemeinsam mit Andreas Köll festgestellt, dass Übertragungen Unrecht waren

„Wenn es demnach so ist, dass all jene, die der selbstverständlich möglichen Korrektur eines offenkundig verfassungswidrigen Vorganges das Wort reden, den Verfassungsbogen verlassen und ‚Chaos heraufbeschwörende Kräfte‘ sind, dann zähle ich ebenso dazu wie viele BürgermeisterInnen und Gemeindevorstandspräsidenten, die sich trotz Mobbing, Verleumdung, Hetzerei, Behördenschikane und generösem Wegschauen der Spitzenrepräsentanten der Tiroler Volkspartei immer noch ihrem abgelegten Eid verpflichtet fühlen und damit die Rechtsordnung der Republik Österreich befolgen, ihr Amt uneigennützig und unparteiisch ausführen und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Können fördern“, hielt Ernst Schöpf daraufhin am 24. Februar 2013 in einem Brief an VP-Geschäftsführer Martin Malaun fest. Darin erklärte Schöpf dem VP-Geschäftsführer, dass die Rückübertragung keine Enteignung sei, sondern die Korrektur einer solchen, und verlieh seinem Erstaunen über das Verhalten der VP-Abgeordneten beim Agrar-Sonderlandtag im Februar 2013 Ausdruck: „Es wird viel Leidenschaft aufgebracht, um gegen

die Gemeinden zu argumentieren. [...] Der Eindruck wird nicht ganz falsch sein, dass die Gesamtpartei in Geiselhaft des Bauernbundes ist und das Etikett Volkspartei nicht mehr verdient.“

Knapp zwei Wochen später kam die Bestätigung. Auf hinterlistige Weise und mit rechtlich wie demokratisch wie moralisch unhaltbaren Argumenten verhinderte die Platter-VP, dass die Mehrheit im Tiroler Landtag das Rückübertragungsgesetz beschließen konnte. Das war der ultimative Beweis dafür, dass die Gesamtpartei in der Geiselhaft des Bauernbunds ist. Das Etikett Volkspartei hatte sie – die Agrarcausa zeigt das deutlich – ganz offensichtlich noch nie verdient. Seit dem 13. März 2013 darf sich die VP des Duos Platter/Steixner aber mit dem Etikett „demokratiefeindlich“ schmücken. Die 16



Landtagspräsident Herwig van Staa setzte den Schlusspunkt: „Ich tue es nicht“

Abgeordneten der VP waren plötzlich „mehr wert“ als die Mehrheit der 20 Abgeordneten, die das Gesetz beschließen, den unerträglich gewordenen Ballast abschütteln und Tirol – im besten Sinn des Wortes – befreien wollten. Landtagspräsident Herwig van Staa hätte den Gesetzesbeschluss aus rechtlichen, demokratischen und moralischen Gründen zwingend auf die Tagesordnung setzen müssen. Er hätte Geschichte schreiben können, als der Landtagspräsident, der seine Verantwortung wahrnimmt und das Interesse der Allgemeinheit über familiäre und persönliche Interessen stellt. Bis zuletzt lebte die Hoffnung. Doch er lächelte nur süffisant und sagte: „Ich tue es nicht.“

Alexandra Keller

BUCHTIPP



Lesen Sie mehr zu den Hintergründen des großen Tiroler Landraubs und die unheimliche Entwicklung des „Agrar-Krimis“ seit 2008 im „Schwarzbuch Tirol“, erschienen 2012 im Studienverlag Innsbruck (ISBN 978-3-7065-5138-0).

Bescheid

Das Amt der Tiroler Landesregierung als Agrarbehörde I. Instanz (Abteilung Agrargemeinschaften) entscheidet gemäß § 56 AVG in Verbindung mit §§ 33, 38 und 73 Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996, LGBl. Nr. 74/1996 i.d.F. LGBl. Nr. 7/2010 (TFLG 1996) über den Antrag der Agrargemeinschaft Ainet vom 20.04.2011, vertreten durch Obmann Alois Lukasser, HNr. 23, 9951 Ainet, wie folgt:

Es wird festgestellt, dass die Grundstücke 424/1, 424/4, 442, 542 und 548/1, alle samt vorgetragen in EZ 207, GB 85001 Ainet sowie das Grundstück 341, alleinig vorgetragen in EZ 17 GB 85011 Glanz, kein Gemeindegut im Sinne des § 33 Abs. 2 lit. c Z. 2 TFLG 1996, LGBl. Nr. 74/1996 i.d.F. LGBl. Nr. 7/2010, darstellen.

Georg Willi zum Bescheid der Agrarbehörde im Fall Ainet: „Der Agrarbescheid war rechtswidrig. Es gab nie eine Hauptteilung.“ Trotzdem wurde das Unrecht legalisiert

Ainet – Der perfekte Raub

Gegen den Bürgermeister wird zwar ermittelt, doch das Gemeindegut ist für die Gemeinde Ainet für immer verloren.

Die Osttiroler Gemeinde Ainet ist ein Lehrbeispiel für den Sumpf, in dem öffentliches Eigentum nach wie vor versinkt. Ainet ist auch ein Beispiel dafür, wie die Agrarbehörde sich aktuell darum kümmert, dass Gemeinden für immer enteignet werden können.

Im Zuge der verfassungswidrigen Enteignungen wurde auch die Gemeinde Ainet zugunsten der selbstherrlichen Platzhirsche mit bäuerlichen Wurzeln ihrer Grundflächen beraubt. Auch in Ainet ging dadurch die sogenannte Gemeindeguts-Eigenschaft nicht verloren und infolge des VfGH-Erkenntnisses 2008 war auch dort klar, dass der Gemeinde das volle Verfügungsrecht über die Gemeindegrundstücke zusteht. Doch dann kam der Bescheid der Agrarbehörde, in der sich die Agrarbeamten zu einem folgenschweren Missbrauch ihrer Möglichkeiten hinreißen ließen. Erwähnt sei, dass der Überchef der Tiroler Agrarbeamten, der Vorstand der Gruppe Agrar im Tiroler Landhaus, Alois Poppeller heißt. Er stammt selbst aus Ainet, aus einer Familie, der das Agrarrecht viele Freuden bereite. Unter anderem bescherte es den Poppelers sechs Baugrundstücke im Dorf. Gratis, versteht sich. Sein Bruder Karl Poppeller ist Bürgermeister der Gemeinde Ainet und er war aus familiären Gründen wohl höchst erfreut, als die Agrarbehörde des Landes im Juni 2011 einen Bescheid erließ, in dem sie die Ainet-Dinge so darstellte, als habe Ende der 1970er Jahre eine sogenannte Haupt-

teilung stattgefunden. Mit einer Hauptteilung wäre die oben erwähnte Gemeindeguts-Eigenschaft verlorengegangen und mit ihr die Rechte der Gemeinde auf ihr Grundvermögen. „Der Agrarbescheid war aber rechtswidrig. Es gab nie eine Hauptteilung“, weiß der Grünen-Abgeordnete Georg Willi, der Unterlagen haarklein studierte. Diese Unterlagen waren selbstverständlich auch der Agrarbehörde bekannt. Sie hatte sogar ein paar Jahre vorher festgestellt, dass die Ainet Agrargemeinschaft aus Gemeindegut entstanden ist. „Was sie sich mit dem Bescheid geleistet hat, ist unerhört und klar rechtswidrig“, weiß Willi. Bürgermeister Poppeller hätte, weil er alles hätte tun müssen, um die Rechte der Gemeinde zu wahren, gegen den hanebüchernen Bescheid berufen müssen. Das tat er aber nicht. Er informierte nicht einmal den Gemeinderat. Poppeller ließ stattdessen klammheimlich die Frist für den Einspruch verstreichen, wodurch der Bescheid rechtskräftig wurde und die Gemeinde ihre Rechte auf das Gemeindegut für immer verlor. Das Grundeigentum aller Ainet-Bürger wurde durch das Verhalten des Bürgermeisters einer kleinen Gruppe Privilegierter geschenkt, zu denen Poppeller selbst zählt. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck hat das Landeskriminalamt mit Ermittlungen in der Causa beauftragt. Doch selbst wenn der Bürgermeister für sein Verhalten verurteilt wird, seine Gemeinde hat für immer verloren.

Alexandra Keller